


AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG
Verf(Präs) - 1221/29 - Pa/Le/Di

Linz, am 23. November 1983

Bundesgesetz, mit dem das Gehalts-
 gesetz 1956 und das Nebengebühren-
 zulagengesetz geändert wird
 (41. Gehaltsgesetz-Novelle);
 Entwurf - Stellungnahme

Dr. Wasserbauer

BÜHM GESETZENTWURF	
Zl. 37	-GE/19.83
Datum: 25. NOV. 1983	
Verteilt: 1983 -11- 29 <i>Strasser</i>	

An das
 Präsidium des Nationalrates
 Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellung-
 nahme zu dem vom Bundeskanzleramt versandten Gesetzentwurf
 übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
 H ö r t e n h u b e r
 Landesamtsdirektor

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:

[Signature]

**AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG**Verf(Präs) - 1221/29 - Pa/Le/Di

Linz, am 23. November 1983

Bundesgesetz, mit dem das Gehalts-
gesetz 1956 und das Nebengebühren-
zulagengesetz geändert wird
(41. Gehaltsgesetz-Novelle);
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 921 000/2-II/1/83 vom 19. September 1983

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2

1014 W i e n

(zweifach)

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit
do. Note vom 19. September 1983 versandten Gesetzentwurf
wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art. I Z. 1 und 22:

Zur Schaffung der neuen Besoldungsgruppe "Beamte der Post-
und Telegraphenverwaltung" und der hiefür vorgesehenen
neuen Gehaltsregelung bestehen insofern Bedenken, als
zu befürchten ist, daß damit ein weiterer Schritt in
Richtung einer Abschaffung der Dienstklassen getan werden
soll. Nach h. Ansicht sind die Dienstklassen als inte-
grierender Bestandteil der Besoldungsregelung für Beamte
- zumindest der allgemeinen Verwaltung - anzusehen.

Zu Art. I Z. 2:

Zu dieser Bestimmung darf bemerkt werden, daß die Frage

b.w.

der Vollarrechnung der Zeiten als Entwicklungshelfer bei einer Entwicklungshilfeorganisation bereits bei den Personalreferentenkonferenzen am 21. Oktober 1981 und am 13. Oktober 1983 erörtert worden ist. Es bestand dabei Einvernehmen darüber, daß der Begriff "Entwicklungshilfeorganisation" im Sinne des § 1 Abs. 2 des Entwicklungshilfegesetzes, BGBl.Nr. 474/1974, zu weit definiert ist. Da das neue Entwicklungshelfergesetz noch nicht kundgemacht worden ist, kann dazu und zur Frage, was unter "Fachkraft für Entwicklungshilfe" im Sinne des neuen Entwicklungshelfergesetzes zu verstehen ist, noch nicht endgültig Stellung genommen werden.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

